1.

Stand und Stellung der Militär- und Marine- Gerichtsschreiber.

Von Kriegsgerichtsrat Dr. G. Steidle, Ulm.

Während nach dem Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 bei jedem bürgerlichen Gerichte eine „Gerichtsschreiberei“ besteht (§ 154) und deren reichverzweigte Obliegenheiten durch Geschäftsordnungen für die Sekretariate der Amts-, Land-, Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts, sowie der Staatsanwaltschaften usw. geregelt sind, hat die Militärstrafgerichtsordnung in § 108 die Anstellung von „Militärgerichtsschreibern“ bei dem Reichsmilitärgericht und dem Stabe eines jeden Gerichtsherrn der höheren Gerichtsbarkeit angeordnet, deren Dienstverhältnisse hinsichtlich der erstern durch den Bundesrat, im übrigen durch die Militärjustizverwaltungen der einzelnen Kontingente, beziehungsweise das Reichs-Marineamt bestimmt werden¹⁾.

¹⁾ In richtiger Würdigung dieser Verhältnisse erschien schon im Frühjahr 1900, also noch vor Inkrafttreten der neuen M.St.G.D. eine umfangreiche Darstellung vom damaligen Rechnungsrat im Pr. Generalauditoriat L. Schulz „Der Dienst als Militärgerichtsschreiber“ (Hofbuchhandlung R. Siegmund), welche sich mit den Worten einleitet, daß das Amt des Militärgerichtsschreibers „vor allem die Kenntnis der auf die Einrichtung des Heerwesens, beziehungsweise der Marine bezüglichen Gesetze usw., ferner die hauptsächlichsten Bestimmungen der bürgerlichen und mil. Strafgesetze, insbesondere aber der Vorschriften der M.St.G.D.“ erfordert. Gerade die M.St.G.D. weist, wie Schulz richtig betont, dem Militärgerichtsschreiber „vielfach Amtshandlungen zu, von deren Erfüllung die Rechtsbeständigkeit des Verfahrens abhängt.“ In meinem Lehrbuch der M.St.G.D. habe ich S. 57 auf den Unterschied zwischen den „mannigfachen Schreibgeschäften bei Ausübung der Militärstrafgerichtsbarkeit“ und jenen die in bloß „mechanischer Arbeit“ bestehen aufmerksam gemacht, wie auch S. 58 Note 50 auf Schulz hingewiesen.

Wo in vorliegender Abhandlung von „Militärgerichtsschreiber“ gesprochen wird, gilt das Gesagte analog stets auch für die Marinegerichtsschreiber. Und

Leider hat die Militärstrafgerichtsordnung gleich hier in zweierlei Hinsicht den Keim zu einer Reihe von Mißverständnissen und Anzuträglichkeiten, die in den ersten Jahren ihres Inkrafttretens sich fühlbar machten, selbst gelegt, indem nicht konsequent und scharf genug zwischen dem funktionierenden „Gerichtsschreiber“ schlechtweg und dem beamteten „Militärgerichtsschreiber“ im Speziellen unterschieden wird.

So spricht § 108 in Abs. 1 einfach vom „Gerichtsschreiber“, während aus Abs. 2 sich evident ergibt, daß diese Gesetzesbestimmung eben nur den angestellten also etatsmäßigen „Militärgerichtsschreiber“ im Auge hatte.

Noch größer wird die Verwirrung, indem ein eigener „Sechster Abschnitt“ mit der Überschrift „Militärgerichtsschreiber“ den § 108 an erste Stelle setzt — nicht aber als einzige Bestimmung, wie logisch gewesen wäre, — und indem in diesen Abschnitt auch noch zwei Paragraphen hineinverwoben sind, die von der „Wahrnehmung der Geschäfte des Gerichtsschreibers“ handeln.

Eine derartige Wahrnehmung ist nämlich nach § 109 bei den Gerichtsherren der niederen Gerichtsbarkeit „geeigneten Personen des Soldatenstandes“ zu übertragen und kann an Bord einer solchen der Besatzung anvertraut werden; geschieht dies aber und ist der Betraute nicht zugleich „Reichs- oder Staatsbeamter“ (was wohl meist nicht der Fall sein wird), so muß der die Gerichtsschreiber-geschäfte Wahrnehmende „schriftlich das eidesstattliche Gelöbniß abgeben, daß er die ihm übertragenen Geschäfte treu und gewissenhaft verrichten und Verschwiegenheit über dieselben beobachten“ wolle²⁾.

Nach dem III. Prüfungsergebnis (Nr. 10) des Reichsmilitärgerichts ist letzteres Verpflichtungsprotokoll vom betreffenden

wie hier gleich vorausgeschickt sei, dürften — analog der vom Reichsgericht (Entsch. in Strafsachen Bd. 1 S. 138) für die Zivilgerichte anerkannten preussischen Praxis — die zur Ausbildung bei den höheren Militärgerichten beschäftigten Referendare auch bei diesen Diensten als Militärgerichtsschreiber unbedenklich leisten, d. h. zur Orientierung in dem den Referendaren zunächst meist fremden Rechtsgebiet wäre dies nur zu empfehlen, zumal zu Beginn ihrer militärgerichtlichen Praxis.

²⁾ Senatspräsident Weiffenbach hebt in seiner Einführung zur M.St.G.O. S. 41 Anm. den Unterschied der beamteten Militärgerichtsschreiber und der nur funktionierenden Gerichtsschreiber — wenn auch nicht so scharf hinsichtlich der Dienstbezeichnung — dadurch hervor, daß er sagt, letztere hätten „in diesen Fällen“ der Wahrnehmung ein eigenes Gelöbniß abzulegen.

Untersuchungsführer — Kriegsgerichtsrat oder Gerichtsoffizier — und dem zugezogenen Schreiber, d. h. dem als Gerichtsschreiber Funktionierenden³⁾ zu unterzeichnen. Gerade aus dieser Gesetzesauslegung erhellt, wie schwerfällig dieser Prozeßvorgang sich abwickeln wird, und wie wenig es daher in Untersuchungen der höheren Gerichtsbarkeit angebracht und auch vom Gesetzgeber gewollt sein wird, daß der betreffende Kriegsgerichtsrat — so wollen wir der Kürze halber von dem als Untersuchungsführer im höheren Verfahren meist antretenden richterlichen Militärjustizbeamten sprechen — sich eines Hilfschreibers bediene, da ihm für gewöhnlich ein dienstlich angestellter, d. h. beamteter „Militärgerichtsschreiber“ aus dem Stabe des höheren Gerichtsherrn zu Gebote stehen wird.

Daß diese enge Auslegung der Tendenz des ganzen Gesetzes entspricht, ergibt sich auch noch aus einer Ausnahmebestimmung desselben im Rahmen des Ermittlungsverfahrens, wonach „im Falle dringenden⁴⁾ Bedürfnisses für einzelne Untersuchungshandlungen“ nach § 163 Abs. 3 M.St.G.D. jede geeignete Person als Gerichtsschreiber zugezogen werden darf, die jedoch hinwieder eigens

³⁾ Reichsgerichtsrat Stenglein sagt in seinem Kommentar zur M.St.G.D. S. 67 oben, der Kommissionsbericht lasse zwar nichts bezüglich der Unterscheidung ersehen, aber es sei wohl gemeint, daß „bei der niederen Gerichtsbarkeit die Geschäfte eines Gerichtsschreibers nur funktionsweise übertragen werden sollen, dagegen bei den höheren und höchsten Gerichten fest angestellten Beamten“.

Senatspräsident Herz erläutert unter Hinweis auf § 6 des Einf.-Ges. zur M.St.G.D. bei § 109 der letztern (2. Aufl. S. 61, 3. S. 101), daß die Gerichtsschreibergeschäfte an Bord „auch in kriegsgerichtlichen Untersuchungen“ von einer geeigneten Person der Besatzung wahrgenommen werden können. Daraus ergibt sich doch mit Konsequenz, daß sonst in derartigen Beurkundungen die beamteten Militär- und Marinegerichtsschreiber allein zuständig sind. Siehe auch bei Herz § 11 Ausf.-Best. zur M.St.G.D. für Marine S. 469 und Kaiserl. Schutztruppen S. 498.

⁴⁾ Wenn selbst der Laie sofort erkennen sollte, daß Abs. 2 u. 3 des § 163 im Verhältnis von Regel und Ausnahme zueinanderstehen, so sei doch auch auf die militärjuristische Literatur, die noch vielfach ganz auffallend ignoriert wird, hingewiesen, indem z. B. Stenglein, S. 112 Bem. 7 den Abs. 3 als „Notfall“ bezeichnet, B. Selle, S. 98 Note 8 hier auch ausdrücklich die Zuziehung einer „Zivilperson“, die jedoch im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein muß, erwähnt. Pechweil, S. 186 und Stenglein, S. 111 deßen sich auch ziemlich in Hervorhebung dessen, daß der Gerichtsschreiber mehr die Bedeutung „einer zweiten Urkundsperson“ habe, als die eines das Protokoll schreibenden, so daß statt Diktats auch die Redaktion dem Gerichtsschreiber überlassen werden könne. Das Reichsgericht mißbilligt es sogar, wenn bei einem Augenblicke der Unter-

„von dem die Untersuchungshandlung vornehmenden Beamten oder Offizier“ nach § 110 zu verpflichten ist. Wie ersichtlich, gefeßt sich hier zur Ausnahme des soldatischen Hilfsgerichtsschreibers (§ 109) noch eine weitere, die auch eine Zivilperson als Schreiber in einer militärischen Untersuchung denkbar erscheinen läßt.

Für die streng zu beobachtende Handhabung der Regel des § 108 im höheren Militärgerichtsverfahren sind aber diese beiden Ausnahmen nur umsomehr Beweis.

In denselben Fehler, der dem Gesetzgeber unterlief bei Schaffung des sechsten Abschnitts und des § 108, versiel infolgedessen auch die „Dienst- und Geschäftsordnung für die Militärgerichtsstellen der höheren und niederen Gerichtsbarkeit“, was ja nicht verwundern kann. Auch sie unterscheidet in ihrem Abschnitt III ganz allgemein zwischen dem Militärgerichtsschreiber bei den Stäben der Gerichtsherrn

A. der höheren Gerichtsbarkeit,

B. = niederen =

und während sie sich hinsichtlich der letztern begnügt hat, unter wörtlichem Abdruck des § 109 dort in Klammern beizusetzen, daß von „Bataillonschreibern usw.“ die Schreibgeschäfte wahrgenommen werden können, bringt sie deren eidesstattliches Gelöbniß (§ 110) im Wortlaut „Ich gelobe hierdurch usw.“ und erläutert schließlich des näheren, wann — nun kommt wieder die formelle Ungenauigkeit — ein derartiger „Militärgerichtsschreiber“ zugezogen wird, wie beim Beschuldigtenverhör u. a., während doch diese Bataillonschreiber nie und nimmermehr „Militärgerichtsschreiber“ sind⁵⁾!

Suchungsrichter und Gerichtsschreiber einen erheblichen Umstand von zwei verschiedenen Standorten aus beobachten, da Übereinstimmung vorliegen sollte usw.

Werner sagte einmal in seinen Grundzügen der M.St.G.D. S. 19, nur dadurch werde der notwendige wissenschaftliche Zusammenhang mit dem sonstigen Rechtsleben gesichert, wenn die M.St.G.D. auf dem gleichen Boden mit der bürgerlichen stehe, „ohne diesen Zusammenhang wäre die erstere isoliert und damit wie bisher der Verknüpfung preisgegeben.“ Hierher bezogen ist damit also gewarnt vor einer Vermischung der Unterschiede zwischen den Diensten der beamteten Militärgerichtsschreiber und der Hilfsgerichtsschreiber, da bei den bürgerlichen Gerichten die verschiedenen Sekretariate stets streng auseinandergehalten sind und von keinem eine Aushilfe zum andern überlassen wird.

⁵⁾ Nur nebenbei für ähnliche Lücken der Geschäftsordnung mag z. B. erwähnt sein, daß ein Amtseid für die „Militärgerichtsschreiber“ nirgends vorgelesen ist, man sich deshalb bisher behelfen mußte, neben dem von ihnen wohl

Den Imperativ des § 273 M.St.G.D., wonach die Hauptverhandlungen — also auch jene der niederen Gerichtsbarkeit, wie des Standgerichts — in ununterbrochener Gegenwart eines „Gerichtsschreibers“ zu erfolgen hat, änderte die Geschäftsordnung dahin um, als ob das Gesetz von der Gegenwart eines „Militärgerichtsschreibers“ spreche.

Wie wichtig aber gerade für unsere weitere Besprechung diese Inkonsequenz, beziehungsweise Nichtübereinstimmung des Gesetztextes und der Geschäftsordnung ist, das beweist die Ziffer 9 des IV. Prüfungsergebnisses des Reichsmilitärgerichts, die ausspricht:

„Zur Hauptverhandlung vor den Gerichten höherer Ordnung ist im ordentlichen Verfahren die Zuziehung einer als Hilfsgerichtsschreiber kommandierten Person des Soldatenstandes nicht zulässig.“

Das Reichsmilitärgericht stützt sich dabei ausdrücklich auf die §§ 108, 273 und 163 Abs. 3 der M.St.G.D.! Wie kam es aber wohl sonst noch zu diesem Rechtsatz, der ein für allemal die Stellung der beamteten Militärgerichtsschreiber trennt von jener der nur funktionierenden Ausschilfschreiber?

Schon die Motive zur M.St.G.D. (S. 108) enthielten hierzu folgendes:

Die Militärgerichtsschreiber nehmen die Stellung von Bureaubeamten ein;

sie üben — von ihrer Mitwirkung bei Aufnahme von Protokollen abgesehen — ihren Dienst lediglich unter Verantwortlichkeit der betreffenden richterlichen Militärjustizbeamten aus;

sie sind nicht dazu bestimmt, den dienstlichen Verkehr zwischen dem Gerichtsherrn oder dem richterlichen Militärjustizbeamten und dritten Personen zu vermitteln;

allgemein zu leistenden Beamteneid sie die Eidesformel der funktionierenden Hilfsgerichtsschreiber nach § 110 niederschreiben zu lassen. Welche Bedeutung aber dem Eid als Gerichtsschreiber zukommen kann, ergibt sich z. B. aus Erkenntnissen des Reichsgerichts (Strafsachen, Bd. 1 S. 397 und 2 S. 372), wonach eine besondere Beeidigung des Gerichtsschreibers als Dolmetscher dann nicht einzutreten hat, wenn „der“ das Protokoll führt, welcher den Dienst als Dolmetsch versteht. „Amt und Eid der Gerichtsschreiber sollen an sich den Dolmetscherdienst nicht umfassen, die Amtspflicht wird vielmehr nur dann als ausreichende Bürgschaft für richtige Übertragung angesehen, wenn derjenige Gerichtsschreiber, welcher als solcher im betreffenden Termin mitwirkt, zugleich den Dienst als Dolmetscher versteht.“

ein unmittelbarer dienstlicher Verkehr der Militärgerichtsschreiber mit den Mannschaften soll ausgeschlossen sein. Die Geschäftsordnung⁹⁾ sucht denn auch die dienstlichen Pflichten der Militärgerichtsschreiber aufzuzählen, und umfassen diese „abgesehen“ von den Bestimmungen über ihre Mitwirkung nach § 120 als Dolmetscher (vergl. vorstehende Anm. 5), § 163 = Protokollführer im Ermittlungsverfahren, § 224 bei einer Leichenschau, § 273, 331, 332, 336 bei der Hauptverhandlung, deren Protokollierung und Urteilsausfertigung, alle Bureaugeschäfte „insbesondere“ daher:

- die Anfertigung der Expeditionen, Ausfertigungen, Abschriften und Rechnungsarbeiten;
- die Ordnung, Vervollständigung und Aufbewahrung der Akten und sonstigen Schriften;
- die Führung aller Register und Listen;
- die Aufstellung der vorgeschriebenen Auszüge und Geschäftsübersichten;
- die Verwaltung der Drucksachen;
- die Führung der Inventarien und alle ähnlichen Arbeiten.

⁹⁾ Ein Blick in die Geschäftsordnung dürfte genügen, um sich sofort klar zu sein über den großen Unterschied des Pflichtentkreises der beamteten Militärgerichtsschreiber und jenes der Hilfsschreiber der niederen Militärgerichtsbarkeit.

Mittermaier weist in seiner M.St.G.D. S. 66 auch darauf hin, daß die „Militärgerichtsschreiber“ eine Stellung und Aufgabe „ganz ähnlich jener der bürgerlichen Gerichtsschreiber“ haben. Indem er aber weiter bemerkt, es sei ihnen nur nicht die Möglichkeit gegeben, „selbständig Protokolle aufzunehmen,“ beklagt er einen Mangel, dem leicht bei Novellierung abgeholfen werden kann, insofern z. B. Wünsche bezüglich der Verteidigung, Berufungseinlegung u. dgl. in Frage kommen. Auch ist nicht einzusehen, warum nicht die Strafregisterauszüge und Vorakten durch den Militärgerichtsschreiber solten erholt werden dürfen, statt noch den Gerichtsherrn derartige Requisitionen mitunterschreiben zu lassen, die ja bei den bürgerlichen Behörden vom Bureaupersonal erledigt werden. Das Formularbuch hat wohl auch darin (Nr. 12 S. 31) zu viel Formalismus geschaffen, und dabei stimmt z. B. das dortige Strafregister mit dem durch Bundesratsbeschluß vom 9. Juni 1896 eingeführten durch Weglassung der Eintragsrubriken gar nicht überein. Die Neuausgabe des Formulars 12 hat diesen Fehler nur für die niedere Gerichtsbarkeit (S. 181 f.) korrigiert.

Wie scharf übrigens Mittermaier die Hilfsgerichtsschreiber von den Militärgerichtsschreibern unterscheidet, geht aus seiner Bemerkung S. 67 hervor, auch in Wahrnehmung der Gerichtsschreibergeschäfte seien „die Gerichte niederer Ordnung sehr stiefmütterlich bedacht“.

Endlich, sagt die Geschäftsordnung, haben die Militärgerichtsschreiber

sich allen denjenigen Einrichtungen zu unterziehen, die im Interesse des Geschäftsbetriebs von den betreffenden richterlichen Militärjustizbeamten für erforderlich erachtet werden usw.

Auch als Verteidiger können die Militär- und Marinegerichtsschreiber, was schließlich noch bemerkt werden soll, als nicht-richterliche obere Militärbeamte gem. § 341 Ziff. 3 M.St.G.D. zugelassen, ja sogar von Amtswegen bestellt werden.

Aber auch im Rahmen des sogenannten „Richterdisziplinargesetzes“⁷⁾ vom 1. Dezember 1898 haben die Militärgerichtsschreiber mitzuwirken, und zwar ist hier durch § 13 eine ganz exakte Anordnung getroffen, indem bei der für eines oder mehrere Armeekorps gebildeten Disziplinkammer (I. Instanz) ein „Militärgerichtsschreiber“ eines der betreffenden Oberkriegsgerichte den Dienst versieht, bei dem am Reichsmilitärgericht bestehenden Disziplinarhof (II. Instanz) hingegen ein „Militärgerichtsschreiber“ des Reichsmilitärgerichts.

Wenn auch das Disziplinargesetz hier den Ausdruck „Dienst des Gerichtsschreibers“ wählte, so ist doch bei dem Hinweis auf Oberkriegsgerichte usw. jedes Mißverständnis ausgeschlossen, daß nur einer der dortigen etatsmäßigen Militärgerichtsschreiber gemeint sein kann.

Nach § 18 des Disziplinargesetzes nun ist das über jede Untersuchungshandlung aufzunehmende Protokoll unter Beobachtung der im § 163 M.St.G.D. enthaltenen Vorschriften zu fertigen, und anschließend an das Reichsbeamtengesetz vom 31. März 1873 bestimmt z. B. die Geschäftsordnung für die Disziplinkammern im Bereiche der „Preuß. Militärjustizverwaltung“ vom 2. Januar 1900 § 15 Ziff. 3 denn auch, daß die mündliche Verhandlung in Gegenwart eines „Militärgerichtsschreibers“ erfolgt usw.⁸⁾.

⁷⁾ Ausführliche Erläuterungen zu diesem Gesetz „betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und die unfreiwillige Versetzung derselben in eine andre Stelle oder in den Ruhestand“ finden sich in Koppmanns M.St.G.D. S. 901—927, etwas kürzer bei Pechwell S. 618 f.

⁸⁾ Vergl. Abdruck bei Koppmann S. 941 speziell 944.

Eine weite segensreiche Tätigkeit eröffnet sich schließlich für die Militärgerichtsschreiber noch aus dem Reichsgesetz über „die freiwillige Gerichtsbarkeit und andern Rechtsangelegenheiten in Heer und Marine“⁹⁾ vom 28. Mai 1901, wonach „im Felde“ sowohl durch Kriegsgerichts- wie Oberkriegsgerichtsräte gerichtliche Beurkundungen von Rechtsgeschäften, Testamenten, Erbverträgen, Nachlassverhandlungen usw. im Sinne des (bürgerlichen) Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 errichtet werden können, und wonach hierbei — wie § 2 ausdrücklich betont — die Geschäfte des Gerichtsschreibers jeweils ein „Militärgerichtsschreiber“ zu versehen hat.

Angeichts all dieser Funktionen, die den Militärgerichtsschreibern nach der Militärstrafgerichtsordnung, dem Richterdisziplinar-gesetz und dem Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit zukommen, kann eine beliebige Heranziehung von einfachen Hilfschreibern an deren Stelle umfoweniger als dem Willen des Gesetzgebers entsprechend erachtet werden, als Allerhöchsten Orts den Militärgerichtsschreibern auch die Stellung von oberen Militärbeamten mit Offiziersrang eingeräumt wurde.

Im Reichsgesetzblatt 1901 bringt die Kaiserl. Verordnung betreffend die Klasseneinteilung der Militärbeamten des Reichsheeres und der Marine vom 12. August 1901 ausdrücklich die Militär- und Marinegerichtsschreiber S. 287 als Beamte mit doppeltem Unterordnungsverhältnis, nämlich einerseits zu den ihnen vorgesetzten Militärbefehlshabern, anderseits zu den ihnen vorgesetzten höheren

⁹⁾ Es sind gleichzeitig Bestimmungen zur Anwendung des Gesetzes seitens der Kriegsministerien ergangen über Registerführung, Testamente, Erbverträge, andre Beurkundungen, Aufbewahrung der Register und Akten, Ersuchen um Rechtshilfe, Nachlassficherung mit Abdruck der einschlägigen Paragraphen des bürgerlichen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874, die für den Mobilisationsfall eine ebenso interessante, wie schwierige Inanspruchnahme der beamteten Militärgerichtsschreiber auch auf diesen Gebieten nichtstrafrechtlicher und nichtprozessualer Natur ersehen lassen! Welche Schwierigkeiten dabei nach verschiedenster Richtung erwachsen können, ergibt sich z. B. aus dem einzigen Kapitel des Erbrechts, das ich wiederholt hinsichtlich der „Soldatentestamente“ — zuletzt derer „in China“ — im Militär-Wochenblatt untersucht habe (1893 Nr. 96 bis 98, 1901 Nr. 89).

Beamten oder Behörden, und §. 290 sind „die Obersekretäre¹⁰⁾ (Militärgerichtsschreiber)“ des Reichsmilitärgerichts als nur dem letztern untergeordnet namhaft gemacht.

Daß dementsprechend der Gerichtsherr ihr Militärvorgesetzter sei, der Dienstälteste unter den diesem zugeordneten richterlichen Militärjustizbeamten ihr Verwaltungsvorgesetzter war schon in den Ausführungsbestimmungen zur M.St.G.D. ausgesprochen worden.

Auch nach der Kaiserl. Verordnung vom 14. Mai 1901 über die Zuständigkeit der Reichsbehörden zur Ausführung des oben bereits erwähnten Reichsbeamtengesetzes wurden in das ehemalige „Verzeichnis“ der Reichsbehörden unter „IV. Unmittelbar vorgesetzte Behörden und Beamte“ aufgenommen (R.G.Bl. 1901 S. 174):

„jeder Dienstälteste unter den einem Gerichtsherrn zugeordneten richterlichen Militärjustizbeamten für die bei dem Stab des Gerichtsherrn angestellten Militärgerichtsschreiber und Militärgerichtsboten.“

Da die Motive zur Militärstrafgerichtsordnung eine Verkehrsvermittlung zwischen Gerichtsherrn und Kriegsgerichtsrat durch den

¹⁰⁾ Da beim Reichsmilitärgericht die Bezeichnung „Obersekretär“ von allem Anfang an eingeführt ist, würde es möglich scheinen, auch den Militär- und Marinegerichtsschreibern der Oberkriegs- und Kriegsgerichte einfach den Titel „Sekretäre“ zu verleihen, ganz abgesehen davon, daß damit eine Gleichheit gegenüber dem Sekretariatspersonal der bürgerlichen Gerichte erreicht werden könnte, wie es wohl auch gegenüber den Intendantursekretären nicht unbillig wäre. In letzterer Hinsicht darf vielleicht auch die Ungleichheit erwähnt werden, daß z. B. bei einer Divisionsintendantur der betreffende Intendanturrat oder Assessor drei oder vier Intendantursekretäre zur Hand hat, während den drei oder vier Kriegsgerichtsräten einer Division nur zwei oder drei Militärgerichtsschreiber zur Verfügung stehen. Auf welcher Seite da eine Überlastung eintreten kann, bedarf wohl kaum näherer Darlegung; daß übrigens manche Divisionen auch noch unzureichend mit richterlichen Militärjustizbeamten besetzt seien, wird von manchen behauptet. Ob aber dadurch Raschheit und Gediegenheit der militärischen Rechtsprechung leiden, läßt sich bis jetzt schwer sagen.

Herz legt in 3. Aufl. S. 100 die Dienstverhältnisse der „Obersekretäre“ des Reichsmilitärgerichts dar, und ergibt sich daraus, daß dieselben sich in der Regel aus den Militärgerichtsschreibern der Oberkriegsgerichte ergänzen und auf Vorschlag der Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie des Reichsmarineamts nach kurzer Probefristleistung ernannt werden können usw.

Militärgerichtsschreiber, wie oben hervorgehoben, nicht wünschen, muß¹¹⁾ letzterer in Zweifelsfragen sich auch stets zunächst und allein an seinen Richterbeamten als Verwaltungsvorgesetzten halten, anderseits aber würde ein Militärgerichtsschreiber auch gegen einen richterlichen Militärjustizbeamten sich beschweren können, der ihm die Mitwirkung bei den nach den Gesetzen ihm obliegenden Dienstleistungen ohne genügenden gesetzlichen Grund vorenthielte, wie z. B. solche in § 163 Abs. 2 für Vernehmung des Beschuldigten, der Zeugen, der Sachverständigen, sowie für die Einnahme des Augenscheins ausdrücklich vorgeschrieben sind.

Nach außen hin ist den beamteten Militärgerichtsschreibern überdies eine ihre Stellung auszeichnende Dienstuniform verliehen, und während sie für gewöhnlich im Dienst den Überrock oder die Kitemka tragen, müssen sie bei Hauptverhandlungen den kleinen Dienstanzug, wie die Richter, anlegen. Auch diese Außersichtlichkeit sollte die „Militärgerichtsschreiber“ sichtlich heben und unterscheiden von etwa sonstigen zu gerichtlichen Arbeiten herangezogenen Personen des Soldatenstandes, wie von Hilfschreibern usw.

Einmal — so viel mir bekannt ist — hat denn auch die M.St.G.D. im Einklang mit der bürgerlichen Gerichtsorganisation den bezeichnenden Ausdruck „Militärgerichtsschreiberei“ angewandt, und zwar bei § 269, der von Anträgen des Angeklagten auf Herbeischaffung von Beweismitteln vor der Hauptverhandlung spricht, denen nachzukommen ist, wenn dieselben begründet erscheinen, oder wenn der Angeklagte (soweit es sich nicht um Personen des aktiven Heeres oder der Marine handelt),

„den erforderlichen Betrag der gesetzlichen Entschädigung für Reisekosten und Versäumnis der Zeugen oder Sachverständigen bei der Militärgerichtsschreiberei hinterlegt.“

In ähnlicher Weise sind die „Militärgerichtsschreiber“ der höheren Stäbe¹²⁾ — bei den Gerichtsherrn der niederen Gerichtsbar-

¹¹⁾ Ein preussischer Kriegsministerial-Erlaß vom Januar 1901 hat Antragsstellungen der Militärgerichtsschreiber usw., wie auch der zur Ausbildung bei den Militärgerichten beschäftigten Personen zunächst an den Verwaltungsvorgesetzten angeordnet, der sie durch Vermittlung des Gerichtsherrn der Justizabteilung des Kriegsministeriums in Vorlage bringt.

¹²⁾ Die Ausführungsbestimmungen — vergl. auch bei Weiffenbach S. 187 — besagen zwar, zur Gehührenausszahlung erhalte „ein“ Militärgerichtsschreiber, bei der niederen Gerichtsbarkeit „der“ Gerichtsoffizier einen Vorschuß von je

keit der „Gerichtsoffizier“, nicht etwa der sog. Standgerichtsschreiber — nach den Friedensbefolgungsvorschriften der verschiedenen Kontingente mit Barvorschüssen ausgestattet, um Zeugengebühren u. s. w. möglichst sofort nach der Vernehmung und an der Gerichtsstelle, die je nach Amtshandlung wechseln kann, auszuführen. Ein derartiger Vorschuß wird bei der vom Gerichtsherrn bezeichneten Rassenverwaltung verrechnet und im Bedarfsfalle jeweils ergänzt.

In diesen beiden letzterwähnten Bestimmungen rechnerischen Charakters kommt so ganz ein Dienstzweig zum Ausdruck, der ähnlich wie den Zahlmeister bei seiner Rassenverwaltung hier die Militärgerichtsschreiber in ihrer „Militärgerichtsschreiberei“ selbstverantwortlich werden läßt; die betreffenden Vorschüsse müssen nämlich jederzeit der Aufsichtsbehörde in Bar oder in Quittungen nachgewiesen werden können.

Wie ersichtlich haben mit dieser Geldverwaltung die Kriegsgerichtsräte usw. gar nichts zu tun; sie stellen lediglich die baren Auslagen im Ermittlungsverfahren fest, beziehungsweise geschieht dies in der Hauptverhandlung der Kriegs- und Oberkriegsgerichte durch den die Sitzung leitenden Militärjustizbeamten (Verhandlungsführer), nicht aber durch den militärischen Vorsitzenden, wie die Ausführungsbestimmungen zu § 469 M. St. G. D. anordnen. Der Gerichtsherr, welcher weber bei Untersuchungshandlungen, noch in den Sitzungen anwesend sein darf (§ 167 und 273), wies sodann bisher nach dem Ermittlungsakt oder der Hauptverhandlung diese Gebührensfestsetzungen durch seine Mitunterschrift zur Verrechnung bei der zuständigen Kasse an, wodurch eine doppelt gezeichnete Verfügung im Sinne des § 97 Abs. 2 zustande kam. Wohl nur letzteres hatte der Beschluß des I. Senats des Reichsmilitärgerichts vom 14. Mai 1902 (Bd. 3 S. 35) zum Ausdruck bringen wollen, wie auch ein Vergleich mit dem Formularbuch S. 15 und 167 erkennen läßt. Diese Prozeßformulare wurden neuestens abgeändert, indem der Gerichtsherr seine Unterschrift nicht mehr gibt, und hätte dabei neben dem richterlichen Militärjustizbeamten eigentlich der die

150 Mk., da jedoch bei den Kriegsgerichten häufig nicht einmal zu einer Verhandlung, geschweige zu mehreren für einen Tag anberaumten Sitzungen diese Summe ausreicht, wird meist schon vorher ein größerer Barvorschuß erhoben, so daß auch diese Bestimmung insbesondere am Sitz des Gerichtsherrn mit mehreren Militärgerichtsschreibern einer entsprechenden Änderung bedürftig erscheint.

Gebührauszahlung betätigende und dafür rechnerisch verantwortliche „Militärgerichtsschreiber“ als mitzeichnend eingeführt werden können.

Nach dem oben erwähnten Prüfungsvermerk des Reichsmilitärgerichts muß ja in den Hauptverhandlungen stets ein etatsmäßiger „Militärgerichtsschreiber“ mitwirken, der dann auch die Auszahlung der Zeugengebühren usw. zu besorgen hat¹³⁾. Wie aber, wenn ein Kriegsgerichtsrat zu einer auswärtigen Zeugenvernehmung reisen würde, ohne einen beamteten „Militärgerichtsschreiber“ mitzunehmen?

Der richterliche Militärjustizbeamte würde dann draußen die umgehend zu erledigende Auszahlung der Gebühren an Zivilzeugen wohl gar nicht vornehmen können, denn der Militärgerichtsschreiber brauchte ihm ebensowenig einen Vorschuß mitzugeben, den nur er zu verwalten hat, wie anderseits dem Kriegsgerichtsrat auch nicht zugemutet werden könnte, aus seiner Tasche die Zeugengelder etwa vorzuschießen — auf die Gefahr, in der Garnison nachher bei Berechnung noch Schwierigkeiten mit dem Militärgerichtsschreiber zu bekommen.

Wie also die beamteten „Militärgerichtsschreiber“ in den Hauptverhandlungen nicht durch irgendwelche Hilfschreiber ersetzt werden können, so darf das wohl auch nicht in Ermittlungsverfahren geschehen — Notfälle des § 163 Abs. 3 M.St.G.D. natürlich ausgenommen.

Dieser Punkt nun scheint zur Klärung der Differenzen beitragen zu können, die hinsichtlich der Stellung der Militärgerichtsschreiber schon allenthalben entstanden sind. Ein Artikel in der Chronikbeilage zum Schwäbischen Merkur vom 5. Mai 1903 (Nr. 35), verfaßt von Rechtsanwalt Dßwald II in Ulm unter dem Titel „Der Militärgerichtsschreiber im Ermittlungsverfahren der höheren Gerichtsbarkeit (Kriegsgerichte)“, schneidet diese in der

¹³⁾ Der Militärgerichtsschreiber muß Berechnung und Auszahlung vornehmen, da er auch bei eventueller Reklamation eines Zeugen, der z. B. der geleisteten Quittung gegenüber zu wenig erhalten zu haben behauptet, die volle Verantwortung trägt. Bei einer größeren Sitzung dem Militärgerichtsschreiber einen Zahlmeisteraspiranten beizugeben, würde deshalb eine zweifelhafte Vorsichtsmaßnahme sein; im Bereich der „Militärgerichtsschreiberei“ selbst möchte aber am ehesten durch Trennung solcher Kassengeschäfte vom Sitzungsdienst, am jeweiligen Tage wenigstens, Abhilfe gebracht werden können. Auch die Gewährung von sogenannten Ranfegeldern dürfte in Betracht gezogen werden, sobald größere Summen zur Auszahlung gelangen.

Theorie ebenso interessanten wie für die Praxis wichtigen Fragen an und gibt gar mancherlei zu denken. Oßwald geht von der strikten Vorschrift des § 163 Abs. 2 im Zusammenhalt mit § 108 M.St.G.D. aus und setzt den Unterschied des Abs. 3 § 163 in Kürze dahin auseinander, daß Fälle „dringenden Bedürfnisses“ nur Notfälle sein können, d. h. die Militärgerichtsschreiber dürfen ausnahmsweise nur durch Hilfschreiber ersetzt werden (z. B. bei Versäumnung des Zuges usw.), niemals aber darf ein derartiger Notfall daraus konstruiert werden, daß Kosten durch Nichtzuziehung des etatsmäßigen Militärgerichtsschreibers erspart werden können.

Die von Oßwald gewonnenen wertvollen Resultate gipfeln unter objektiver Kritik eines württembergischen Kriegsministerialerlasses — wonach die Zuziehung der Divisionsgerichtsschreiber zu auswärtigen Dienstgeschäften „in der Regel“ sich dadurch vermeiden lasse, daß eine andre geeignete Persönlichkeit gemäß § 163 Abs. 3 beordert werde — darin, eine derartige Gesetzesauslegung entspreche sicherlich nicht der Absicht des Gesetzgebers; die Besetzung des Gerichts müsse auch bei einzelnen Untersuchungs-handlungen der Vorschrift des § 163 Abs. 2 entsprechen; die Beurteilung der Frage, ob sich nur eine nothilfsweise Gerichtsbesetzung rechtfertige, müsse dem pflichtmäßigen Ermessen des Untersuchungsführers anheimgestellt bleiben; auch die erkennenden Gerichte der verschiedenen Instanzen würden darüber zu befinden haben, ob z. B. die zur Verlesung zu bringenden Protokolle unter Beobachtung des § 163 zu Stande kamen, und wenn das nicht der Fall, wenn also die Unterlassung der Zuziehung des etatsmäßigen Militärgerichtsschreibers sich nicht rechtfertigen lasse, fehle es der Untersuchungshandlung an einem wesentlichen Erfordernis, so daß das betreffende Protokoll gar nicht als gerichtliches gelten könne und deshalb sich auch nicht zur Verlesung eigne.

Oßwald folgert weiter: „Nun ist nichts gespart worden, der Beweis ist, wofern nicht in der Zwischenzeit das Beweismittel verloren gegangen ist, meist mit erheblichem Kostenaufwande von neuem einzuziehen.“

Da nach Oßwald die Mitwirkung des Verteidigers im Ermittlungsverfahren nur in ganz beschränkter Maße zugelassen, die Erforschung des Tatbestandes aber ganz in die Hände des untersuchungsführenden Kriegsgerichtsrats gelegt ist, der deshalb auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln habe, so legt

die Verantwortung für die Richtigkeit der Beurkundung — wie Oßwald des weiteren hervorhebt — auch dem Protokollführer die Verpflichtung auf, mitzuwirken, daß die Fassung des Protokolls dem Sinne der Angaben des Angeklagten und der Zeugen entspricht „daß Mißverständnisse, Unvollständigkeiten und Einseitigkeiten vermieden und unbestimmte, unklare oder mehrdeutige Äußerungen präzisiert werden.“

Der mit Gesezeskunde, Übung und Erfahrung ausgestattete etatsmäßige Militärgerichtsschreiber dürfte diesen Aufgaben, und welcher Jurist möchte darin Oßwald nicht durchaus beipflichten, für die Regel besser und ganz anders gewachsen sein, als ein aus-hilfsweise zugezogener lediglich schreibgewandter Gefreiter oder Unteroffizier¹⁴⁾, oder sonstiger Laie.

Oßwald erinnert auch daran, daß den württembergischen Auditeuren früher stets bei Protokollierungen zwei Offiziere als Gerichtszeugen beigegeben waren, und wenn statt dessen jetzt dem Militärgerichtsschreiber diese Beurkundungen übertragen sind, so müsse eine Gerichtspraxis, „welche jene wichtige und verantwortungsreiche Funktion Aushilfspersonen — Gemeinen, Gefreiten oder Unteroffizieren — überträgt, Beanstandung finden“. Im Interesse der Rechtssicherheit wünscht Oßwald endlich,

¹⁴⁾ Zu bedenken ist dabei ferner, daß solche Untergebene den richterlichen Militärjustizbeamten gegenüber, denen zur Behebung jeglichen Zweifels wohl aus Anlaß des Urteils des Reichsmilitärgerichts vom 8. September v. Js. (Bd. 3 S. 224 f.) Allerhöchst die Stellung von „im Dienstrang-Höheren“ gleich den militärischen Vorgesetzten nun ausdrücklich verliehen worden ist, keine Einwendungen zu machen sich getrauen werden.

In den Mitt. d. J.R.V. hat Mittermeier neuestens zur „Reform der Voruntersuchung“ (Bd. 11 S. 1—34) Stellung genommen unter Kritik der vielgestaltigen Einrichtungen in den verschiedenen Kantonen der Schweiz, die teilweise sehr lehrreich für Deutschland sind. Insofern eine unter sofortiger Mitwirkung von Verteidigern sich entwickelnde kontradiktorische Voruntersuchung allmählich sich herausgestalten dürfte, ist auch der Protokollführung ganz besondere Wichtigkeit zuzusprechen. In Baselland fungiert sogar der Obergerichtsschreiber (S. 24) in einem gewissen Stadium der Ermittlungen „als Untersuchungsrichter“, was Mittermaier allerdings nicht nachahmenswert findet, da ein rechtlich gebildeter Untersuchungsführer sicher eher das Wesentliche zur Urteilsgrundlage herausfindet. Mittermaiers in bezüglichen Referat S. 11 ironisch gemachte Bemerkung, er könne sich noch immer nicht ganz entschließen „die Güte unserer Rechtsprechung vom Standpunkt des Finanzministers aus zu beurteilen“ soll hier nicht unerwähnt bleiben.

daß die sich täglich wiederholende Frage, ob eine ohne Not, lediglich zum Zwecke der Kostenersparnis erfolgende Zuziehung von Ersatzpersonen an Stelle des etatsmäßigen Militärgerichtsschreibers mit der M.St.G.D. vereinbar ist, recht bald zur oberstgerichtlichen Entscheidung komme, zumal diese Frage schon „im Prinzip dadurch verneint“ sei, daß das Reichsmilitärgericht — wie eingangs dieses Artikels übrigens hervorgehoben wurde — den Hilfschreiber bei einer kriegsgerichtlichen Hauptverhandlung unter Hinweis auf § 273, 108 und 163 Abs. 3 bereits ausgeschlossen hat.

An diese Ohwaldschen Darlegungen anschließend, ergibt sich eigentlich von selbst die Frage, wie ein württembergischer Kriegsgerichtsrat handeln müßte, der jener Gesetzeslogik sich nicht zu entziehen vermag? Würde er — ganz theoretisch zu sprechen — nicht eventuell gesetzliche Vorstellung an seinen Gerichtsherrn nach § 97 Abs. 3 M.St.G.D. erheben müssen, falls dieser verlangte, er solle auswärts ohne „Militärgerichtsschreiber“ amtieren? Ja, würde nicht eine Weisung, wie sie in Württemberg bestehen soll, daß der Militäruntersuchungsrichter vor einem auswärtigen Termine zuerst beim Gerichtsherrn die etwaige Mitnahme eines Militärgerichtsschreibers jeweils beantragen müsse, was dieser also auch ablehnen kann, den §§ 156 Abs. 1, 159, 160 ff., 167 Abs. 1 und 243 M.St.G.D. widersprechen, da der Gerichtsherr zwar die Untersuchungen anordnet und auch stets die Akten einsehen kann, der Kriegsgerichtsrat aber auf seine volle richterliche Verantwortung hin die Untersuchung führt?

Der Gerichtsherr ist nach § 167 Abs. 2 nicht befugt, an den Untersuchungs-handlungen teilzunehmen¹⁵⁾, und wie wollte er da auf Grund vielleicht eines kurzen Vortrags oder flüchtigen Blicks in die Akten — zu eingehenderem Studium fehlt dem vielseitig be-

¹⁵⁾ Von einer „Leitung des Ermittlungsverfahrens“ seitens des Gerichtsherrn zu sprechen, stimmt doch auch nicht mit der seinen juristischen Organen obliegenden Aufgabe, den Tatbestand zu erforschen, ja unter Umständen seinen Anordnungen vorgehend schleunige richterliche Untersuchungs-handlungen vorzunehmen (§§ 156 Abs. 1, 153 Abs. 3). Weiffenbachs militärrechtliche Erörterungen S. 6 f. und 26 scheinen in dieser Hinsicht sogar von Kriehler in dessen sonst trefflicher Verteidigung unsres neuen Militärstrafprozesses (im 23. Band unsrer Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft S. 569) mißverstanden zu sein, neuestens von Rissom in dessen Militärstrafrecht usw. S. 18 und 20. So z. B. „wirkt“ auch nicht bei der Anklage- oder Einstellungsverfügung nach abgeschlossener Untersuchung ein richterlicher Militärjustizbeamter bloß „mit“, wie

schäftigten Gerichtsherrn ja absolut die Zeit — ohne persönliche Kenntnis der Menschen und Örtlichkeiten, die in Frage stehen, sich ein Bild darüber machen, ob auf Mitnahme eines „Militärgerichtsschreibers“ draußen verzichtet werden könne?

Gerade was auswärtige Dienstgeschäfte in militärgerichtlichen Untersuchungen anlangt, so sollen diese den sonstigen Beschränkungen der Militärreiseordnung nicht unterliegen; aus § 167 Abs. 1 M.St.G.D. ergibt sich im Gegenteil, daß der Gerichtsherr — ihm zur Aufklärung geeignet scheinende — Dienststreifen anordnen darf, solche vom Untersuchungsführer beantragte also erst recht gutheissen dürfte, zumal ganz unerwartete Wendungen draußen eintreten können.

Nach der Geschäftsordnung sind auch vierteljährlich „Nachweisungen“ der von den einzelnen Militärjustizbeamten ausgeführten Dienststreifen den Kriegsministerien einzureichen, und während nach dem Muster genaue Einträge tabellarisch über die betreffende Untersuchungshandlung, Reiseort und Zeit, sowie die vom Kriegsgerichtsrat und „Militärgerichtsschreiber“ — wie es dort ausdrücklich heißt — liquidierten Kosten zu machen sind, ist nirgends zu finden, daß derartige Kosten abgestrichen werden können. Abgesehen davon, hätte für eine dienstlich ausgeführte Reise der Militärfiskus die Kosten zu ersetzen, andernfalls auf dem Zivilrechtsweg klagend gegen ihn wegen vorenthaltener geldwerter Gebühren vorzugehen werden könnte, wie es leider schon seitens sich benachteiligt glaubender Militärjustizbeamten geschehen sein soll.

Denken wir uns noch den (auf Grund der württembergischen Bestimmungen) konstruierten Fall derart, der Gerichtsherr habe durch die Adjutantur oder einen seiner Generalstabsoffiziere den ansuchenden Kriegsgerichtsrat dahin bescheiden lassen, es könne zu dem angefügten auswärtigen Termine die Mitnahme eines „Militär-

nach Krißler S. 571 vermutet werden könnte, sondern als Jurist trägt dieser doch in erster Linie die Verantwortung für die Gesetzmäßigkeit solcher Beschlüsse. Wie könnte überhaupt ein Gerichtsherr alle Untersuchungen seiner drei bis fünf Kriegsgerichtsräte, von denen jeder vollauf mit seinem Referat beschäftigt ist, übersehen oder gar leiten und in erster Linie für sich verantworten? Das Institut der Gerichtsherrn als Nichtjuristen beruht unverkennbar — das Reichsmilitärgericht hat ja bekanntlich keinen Gerichtsherrn — auf einer Fiktion, welcher die jedem Rechtsproblem innewohnende Empfindlichkeit anhaftet, was bei praktischer und wissenschaftlicher Ausgestaltung dieser Organisation noch manche Schwierigkeit bieten dürfte.

gerichtsschreibers“ nicht gutgeheißen werden, vielleicht sogar, obwohl letzterer schon wiederholt in derselben Angelegenheit mit draußen war, also eingearbeitet ist, so könnte letzteres nicht bloß an sich unpraktisch erscheinen, sondern für erstere Frage wäre hinwieder ein Ausspruch des Reichsmilitärgerichts analog hierher zu beziehen (IV. Prüfungsergebnis, Ziffer 3), wonach eine Vertretung des Gerichtsherrn durch den Chef des Stabes unzulässig erscheint.

Sowenig also statt eines Kommandierenden Generals als Gerichtsherrn der Generalstabschef mit dem zuständigen Oberkriegsgerichtsrat ein Ersuchen um Zeugenvernehmung zeichnen darf, ebensowenig kann der Adjutant usw. eines höheren Gerichtsherrn an Stelle oder Namens desselben einem zuständigen richterlichen Militärjustizbeamten eine Weisung zugehen lassen. Irriger Weise soll es in den ersten Jahren des Bestehens unsrer M.St.G.D. zuweilen vorgekommen sein, daß ein Gerichtsherr nicht direkt mit einem Militärjustizreferenten verkehrte, sondern durch die Adjutantur. Da aber nach der M.St.G.D. ebenso wie im bürgerlichen Strafprozeß nur die Hauptverhandlungen „öffentlich“ erfolgen (§ 282 M.St.G.D., 170 bürgerl. G.B.G.), sind die vorherigen Ermittlungen, also die ganzen Untersuchungen eigentlich geheim^{1a)} zu führen.

Die M.St.G.D. besagt weiter, daß die Gerichtsbarkeit durch die Gerichtsherrn und die erkennenden Gerichte ausgeübt wird und hierzu den höheren Befehlshabern die erforderliche Zahl von richterlichen Militärjustizbeamten (Kriegsgerichtsräten usw.) zugeordnet ist (§ 12 und 13); also davon, daß den Generalstabs-

^{1a)} Dßwald hebt dieses gesetzliche Merkmal insofern einmal in seinem Aufsatz hervor, als er zu seinem Thema betont, wenn für die wichtigsten Untersuchungsverfahren „in diesem geheimen Ermittlungsverfahren“ die Zuziehung des Gerichtsschreibers als Urkundsperson vom Gesetze gefordert werde, so wolle damit eine Gewähr geschaffen werden, daß die Untersuchungen „dem Geiste und dem Worte des Gesetzes entsprechend geführt werden“. Die Verteidigung tritt nach der M.St.G.D. bekanntlich erst ein mit Abschluß des Ermittlungsverfahrens, d. h. der Vernehmung des Beschuldigten über die Ergebnisse durch den Untersuchungsführer (§ 337, 173 Abs. 5).

Ähnlich sagt Rissom (Note 15) vom ehrengerichtl. Verfahren, es sei „durchaus Untersuchungsverfahren und namentlich in allen Teilen geheim“.

Auch Rittersmaier spricht in seinem Note 14 erwähnten Artikel über die Reform der Voruntersuchung S. 4 aus, die „ganze Vorbereitung könne geheim, schriftlich geschehen, und darin das heutige polizeiliche Verfahren ihr Muster sein“.

offizieren oder Adjutanten irgendwie in den Untersuchungen eine Aufgabe zufalle, ist im Gesetze nichts zu finden — jede Mitwirkung derselben wäre daher kaum ungesetzlich¹⁷⁾. Sie können nur in den erkennenden Kriegs- und Oberkriegsgerichten tätig werden (§§ 18, 49 f., 66 f.), und letzternfalls erst würden sie von einer Meinungsverschiedenheit zwischen einem Gerichtsherrn und Rechtsreferenten auf legalem Wege insofern Kenntnis erhalten können, als die nach § 97 Abs. 3 von diesem erhobene Vorstellung — wie oben theoretisch angenommen wurde — durch den Gerichtsherrn „dem Oberkriegsgerichte zur rechtlichen Beurteilung der Sache vorzulegen“ wäre, welche Entscheidung für die weitere Behandlung des einzelnen fraglichen Falles dann maßgebend bliebe. Nebenbei bemerkt, dürfte diese Gesetzesbestimmung seinerzeit umzuändern sein, da in dem nach § 67 besetzten Oberkriegsgericht den zwei Oberkriegsgerichtsräten fünf Offiziere gegenüberstehen, wogegen in reinen Rechtsfragen das juristische Element doch zum mindesten im Übergewicht sein sollte¹⁸⁾!

¹⁷⁾ Selbst wenn diese Mitwirkung nur in Chiffrierung der vom Gerichtsherrn zu unterfertigenden Aktenstücke bestände, die seitens des richterlichen Militärjustizbeamten allenfalls — wie beim Haftbeschl. — wegen der juristischen Fassung rätlich erscheint, wenn dieser nicht zunächst seine volle Unterschrift selbst ohnehin zu geben hat. Statt der Adjutanten werden meistens die dienstältesten Oberkriegs- und Kriegsgerichtsräte zwischen den Gerichtsherrn und den übrigen richterlichen Militärjustizbeamten zu referieren und zu vermitteln haben, weshalb auch zum mindesten der Dienstälteste sein Bureau im Dienstgebäude des Gerichtsherrn, nicht aber weit von ihm entfernt haben sollte. Doppelte Einträge desselben Aktenstücks in das Dienstjournal einer- und die Tagesliste andererseits ließen sich hierdurch gleichfalls vermeiden, so daß auch darin den „Militärgerichtsschreibern“ die Erfüllung ihrer ersten Aufgabe ohne Zeitverlust ermöglicht würde, was nur im Interesse der anfallenden Anzeigen, Requisitionen usw. gelegen sein könnte.

¹⁸⁾ Mittermaier findet diesen Abs. 3 des § 97 besonders auch deshalb „sehr unsympathisch“, weil er entgegen dem Entwurf § 91 „die Oberkriegsgerichte den Gerichtsherrn vorgesetzt hat“, indem diese z. B. in Besetzung von — außer zwei Oberkriegsgerichtsräten — einem Oberstleutnant, zwei Majors, einem Hauptmann und einem Oberleutnant über eine Verfügung ihres Divisions- oder Korpskommandeurs zu beschließen haben. Mit den Grundsätzen der militärischen Disziplin ist also diese Gesetzesbestimmung nicht recht in Einklang zu bringen!

[In den Grenzboten von 1890 schrieb ich einmal, gestützt auf Hederts Winke für die Leitung des Infanteriefuers gegen Infanterie, Kavallerie und Artillerie, einen Artikel über Feuererfolge der Infanterie, den die Berliner Neuesten Nachrichten ohne mein Wissen unter „Militärische Mitteilungen“ nach-

Die Bay. M.St.G.D. von 1869 (Art. 32 Abs. 2, 42 Abs. 1) hatte zur Lösung derartiger rechtlicher Bedenken, die zwischen Gerichtsvorstand und Militäruntersuchungsrichter austauschten, einen rein juristischen Senat, bestehend aus dem Direktor und zwei Auditeuren des Militärbezirksgerichts, vorgesehen. Was würde man sagen, wenn in rein ärztlichen Fragen in die aus drei Sanitäts-offizieren bestehende Kommission plötzlich zwei Offiziere als Sachverständige eingegliedert werden wollten; oder falls in rein militärischen Fragen einer Kommission von Offizieren auch einige Militärjustizbeamte beigemischt würden, selbst wenn diese Offiziere des Beurlaubtenstandes wären? So dürfte auch den Offizierrichtern im Oberkriegsgericht bei absolut juristischen Fragen die Entscheidung äußerst schwer fallen. Daß die Beteiligung der Offiziere an Bearbeitung militärjuristischer Stoffe, wie Herzbruch, von Schwarzkoppen, Lüning, Kummer, Krafft durch ihre Beiträge zur M.St.G.D. beweisen, nur begrüßenswert ist, bedarf hier wohl kaum der besondern Versicherung.

Vorerst könnte also der (württembergische) Kriegsgerichtsrat, von dem wiederholt theoretisiert wurde, trotz seiner gesetzlichen Bedenken nur nachgeben und sich irgendwie behelfen, um den Gang der Untersuchung nicht weiter zu schädigen. Für ihn, wie für alle richterlichen Militärjustizbeamten ist das Dilemma in solcher Lage doppelt schwierig, da nicht etwa dem Gehorsam nach oben ein Opfer besserer Einsicht gebracht werden darf gegenüber eignem vollem Pflichtgefühl — ganz abgesehen von der strengen Strafandrohung gegen gesetzwidrigen Einfluß auf die Rechtspflege (§ 119 M.St.G.B.) und von der ein für allemal erfolgten Vereidigung der Richterbeamten auf Wahrung der Gesetze¹⁹⁾. In dieser

druckten (Nr. 268 v. 1. 6. 1890), und obwohl ich in mehreren Manövern manche Erfahrung sammelte, würde ich mich doch nicht getrauen, in einer Sachverständigen-Kommission von Offizieren in rein dienstlichen oder technischen Fragen eine entscheidende Stimme abzugeben.]

¹⁹⁾ Einen Richtereid für neu anzustellende Kriegsgerichtsräte lassen die verschiedenen Ein- und Ausführungsbestimmungen merkwürdigerweise bis jetzt auch vermissen. Wenn aber Mittermaier S. 62/63 das Aufsichtsrecht der Militärjustizverwaltung (§ 112—114 M.St.G.D.), die sogar eine „Mahnung“ nach dem Disziplinargesetz (§ 2) an richterliche Militärjustizbeamte kann ergehen lassen, für eine Einrichtung erklärt, „die der moralischen Unabhängigkeit der Richter sehr gefährlich werden kann“, so ist dem wohl beizupflichten. Ihr doppeltes Unterordnungsverhältnis erschwert den Kriegs- und Oberkriegsgerichts

Beziehung sind die bayer. Kriegsgerichtsräte, die noch Auditeure waren, insofern besser gestellt wie ihre Kollegen der andern Kontingente, als ihnen ausdrücklich sofortiges Dienstesdefinitivum verliehen wurde, volle Unabhängigkeit und Unverseßbarkeit, sowie volle Pension usw. nach Art. 23 der bayer. M.St.G.D. und Beil. IX der Verfassungsurkunde; ihr Staatsdienereid lautet auf „Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze und Beobachtung der Staatsverfassung“.

Es ist bedauerlich, daß auch das „Formularbuch“ der M.St.G.D. zu Mißverständnissen bezüglich der Stellung der Militärgerichtsschreiber dadurch beigetragen hat, daß es gegenüber den etatsmäßigen und beamteten „Militärgerichtsschreibern“ der Divisionen, Generalkommandos usw. (§. 43, 47, 61, 81, 93, 111, 113, 115, 117, 121 und 141) die bei der „niederen“ Gerichtsbarkeit zum Gerichtsschreiberdienst herangezogenen Unteroffiziere usw. „als Militärgerichtsschreiber“ aufführt (so §. 193, 197, 219, 221, 232, 235, 237, 239 und 249), die sich sonach zwar nicht einfach „Militärgerichtsschreiber“ nennen und unterzeichnen dürfen, für deren völlige Klarheit darüber aber das Formularbuch richtiger die Bezeichnung „als Gerichtsschreiber“ gewählt hätte.

Senatspräsident von Roppmann hebt in seinem Kommentar zur M.St.G.D. §. 189 hervor, daß der „Militärgerichtsschreiber“ des § 108 „Urundsperson“ und deshalb „öffentlicher Beamter“ ist, und daß der Gerichtsschreiber als solcher nur mitunter gemäß § 109 und 110 M.St.G.D. ein funktionierender sein könne. Also auch nach dieser Autorität kann nur ganz ausnahmsweise der beamtete Divisionsgerichtsschreiber durch andre Funktionäre ersetzt werden.

Dazu kommt noch, daß nach § 132 die gesetzlichen Bestimmungen über Ausschließung und Ablehnung von Richtern auch auf die „Militärgerichtsschreiber“ entsprechende Anwendung

räten an sich schon ihre Aufgabe, und es bedarf klaren Willens, um manchmal nicht die eigne Überzeugung zu opfern. Der Gewissenhafte und Charaktervolle freilich wird an Mahnungen zuletzt denken, die absolute Pflichterfüllung, das Ideal reiner Gesetzeswahrung wird ihm stets über alles gehen, selbst auf die Gefahr, von einer oder der anderen Seite sich desavouiert zu sehen.

finden, worüber z. B. in der Hauptverhandlung das Gericht selbst zu entscheiden hat.

Wollte man nun — wie das Reichsgericht einmal streift (Straff. Bd. 13 S. 76) — den Gerichtsschreiber überhaupt dem erkennenden Gerichtshof als eine an dem Verfahren mitwirkende Gerichtsperson zuzählen, so würde aus §§ 273, 295, 125 Abs. 1 und speziell 132 M.St.G.D. zum mindesten die Notwendigkeit sich ergeben, dem Angeklagten den zur Hauptverhandlung befohlenen Militärgerichtsschreiber ebenso wie die Richter namhaft zu machen und ihn auch diesbezüglich über sein Ablehnungsrecht zu belehren.

Wenn auch § 295 dies nicht ausdrücklich vorschreibt, und demgemäß im Formularbuch S. 94 usw. darüber hinweggegangen ist, könnte doch der verhandlungsführende Militärjustizbeamte auf Grund der eben angeführten Paragraphen dies ebenso tun, wie ihm Weissenbach in seinen militärrechtlichen Erörterungen S. 28 die Rückerinnerung an den von ihm abgenommenen Richter Eid eher zukommend erklärt, als dem Offiziervorsitzenden. Solche gesetzliche Inkonssequenzen lassen sich vorerst, bei gesetzlichen Lücken wenigstens, leicht überbrücken!

Und wie ganz ausnahmsweise in Untersuchungen der höheren Gerichtsbarkeit statt des an sich zuständigen Kriegsgerichtsrats ein Gerichtsoffizier gelegentlich einmal einzelne Untersuchungshandlungen vornehmen kann, so dürfte ähnlich auch nur aushilfe- oder nothhilfsweise statt des zuständigen „Militärgerichtsschreibers“ ein Schreiber der niederen Gerichtsbarkeit als Gerichtsschreiber mit einzelnen Protokollierungen betraut werden können, wie aus §§ 156 Abs. 1, 160 Abs. 3, 13, 108—110 M.St.G.D., 11. Einf.-Gesetz hierzu zur Evidenz sich ergibt.

In Preußen ist man auch nie soweit mit Normativbestimmungen gegangen wie in Württemberg, wohl in Einsicht der Gefahren, die durch weitere Interpretation dem Gesetze gegenüber heraufbeschworen werden können. Gesetze sind da, um strikte gehalten zu werden; erweist sich eine Gesetzesbestimmung als unpraktisch, so hebe man sie auf, dazu sind aber allein die gesetzgebenden Faktoren in der Lage.

So lange die hiermit eingehend besprochenen Paragraphen scharf umgrenzen, was dem Stande und der Stellung der „Militärgerichtsschreiber“ gebührt, rüttle man nicht daran, um ihnen auch die Berufsfreude nicht zu nehmen. Es ist hier nicht der Ort, auf

die Bestimmungen über Vorbereitung, Probedienstleistung, erste Anstellung usw. der um das Militär- und Marinegerichtsschreiberamt sich Bewerbenden einzugehen, soviel kann aber vorausgesagt werden, daß diesem Stande nur beste Elemente zugeführt werden können, wenn künftighin weitere Fraktionen ihm erspart bleiben. Man belasse daher auch den mit Arbeit sehr belasteten Militärgerichtsschreibern die kleine Abwechslung einer auswärtigen Dienstreise und deren geringe Nebeneinnahme, die ihnen teilweise bei ihrer Berufung verlockend wirken, und die angesichts der Auslagen für Reisen und Uniformen usw. einen erheblichen Zuschuß gar nicht bieten.

Das Reichsmilitärgericht, welches zweifelsohne im Oßwaldschen Sinne über die Inanspruchnahme der Militär- und Marinegerichtsschreiber im allgemeinen und speziell bei auswärtigen Untersuchungsterminen entscheiden dürfte, würde damit zum Segen unsres Militärstrafprozesses der Vermirrung ein Ende bereiten.

Mittermaiers eigenartiger, bei Besprechung dessen, was der Jurist von der Militärgerichtsbarkeit verlangen müsse, überraschend formulierter Satz (S. 26): „Wie die katholische Kirche, so fordert das Heer den Menschen ganz“, gilt für jede Charge, also auch für die Militär- und Marinegerichtsschreiber. Und wenn bei Betrachtung ihres Standes und ihrer Stellung vorstehend so mannigfache Punkte nebenbei gestreift wurden, die bei künftiger Umänderung unserer an sich noch jungen M.St.G.O. jetzt schon als besserungsbedürftig erscheinen möchten, so ergab sich das von selbst.

Wer in unsrer Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft den interessanten Ausführungen Adolf Wachs über die bürgerliche Strafprozeßreform und Franz von Liszts Nachruf an Hermann Seuffert, der als Kriminalpolitiker ersten Ranges gefeiert wird, aufmerksam studiert hat (Bd. 23 S. 344 f. beziehungsweise 323 f.), dem tritt eine solche Fülle der wichtigsten Fragen aus den Gebieten des prozessualen und materiellen Strafrechts entgegen, daß er — und besonders gilt dies für den Militärkriminalisten — sich die Notwendigkeit baldiger Umgestaltungen auch unsres Militärstrafrechts und Strafprozesses²⁰⁾ vor Augen führen

²⁰⁾ Der neueste Reformentwurf einer Militärstrafprozeßordnung für Österreich-Ungarn sieht für etwa 100 Untergerichte wieder — wie ehemals in Bayern — Auditore als Verhandlungsleiter vor, und auch sonst scheinen dort die Militärgerichte nach moderneren Prinzipien ausgestaltet werden zu sollen, als

muß. Damit aber darin allenthalben dem Richtigen zum Siege verholten werden könne, dafür ist's kein Tag zu früh, wenn wir Militärjuristen jetzt schon unaufhaltsam darnach streben, darauf sammeln und arbeiten, auf daß wir nicht wieder wie bei Schaffung der jetzigen M.St.G.D. ziemlich in letzter Linie oder gar nicht — anstatt zu allererst — mit unsrer Stimme gehört werden.

Zum rascheren Verständnis seien aus obigen Darlegungen folgende Thesen herausgeholt, die — was Auslegung der bestehenden Gesetzes- und Ausführungsbestimmungen, sowie die wünschenswert erscheinenden Änderungen anlangt — im Detail sich ja aus vorliegender Abhandlung aufbauen:

1. „Militärgerichtsschreiber“ und „Marinegerichtsschreiber“ sind nicht bloß Titel, die den Hilfsgerichtsschreibern der niederen Gerichtsbarkeit nicht zukommen, sondern Standesbezeichnungen mit militärischem Rangverhältnis ausgestattet, wie Obersekretär beim Reichsmilitärgericht, Intendantursekretär, Zahlmeister oder Oberapotheker bei Armee und Marine.

2. Die auf „Militärgerichtsschreiber“ bezüglichen Bestimmungen der einschlägigen Gesetze uzw., der Dienst- und Geschäftsordnung, sowie des Formularbuchs sind diesbezüglich verbesserungsbedürftig, um Unklarheiten vorzubeugen und das Amt der Militärgerichtsschreiber vor Herabsetzung zu bewahren, sie sind aber auch leicht ergänzungsfähig, wie gezeigt wurde.

3. Eine Vermehrung der Militärgerichtsschreiberstellen ist bei vielen Kriegsgerichten im Interesse gebiegender Untersuchungsführung und rascher Aburteilung ebenso unabweisbar wie dringlich.

dies bei uns geschah; vielleicht wird das einmal hinwieder vorbildlich für die künftige deutsche Reform, nachdem unsre jetzt geltende M.St.G.D. den östlichen Nachbarn als Muster gedient hat, an dem sie dann auch leichter zu verbessern hatten.